

Karl Marx lebt mitten unter uns

Autor(en): **Scheu, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **94 (2014)**

Heft 1015

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-735851>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Ohne
Scheuklappen

René Scheu, Herausgeber und Chefredaktor

Karl Marx lebt mitten unter uns

Würde Karl Marx aus dem ewigen Schlaf der Gerechten erwachen, er dürfte stolz sein auf sein Werk, das sich in der Stille selbst vollendete. Klar, ausser den Jusos liest niemand mehr die Schriften des Denkers mit dem Rauschebart. Doch seine (Heils-)Lehren erfreuen sich in der Mitte der Gesellschaft grosser Beliebtheit. Schauen wir näher hin.

Die erste Marxsche Grundüberzeugung nannte der französische Historiker Raymond Aron den «prometheischen Stolz»: Der Mensch lebt im Bewusstsein, als Gattungswesen Herr über sein Schicksal zu sein. Es gibt keinen gesellschaftlichen Tatbestand, der dem rational-kollektiven Wollen der Gesellschaft entzogen ist. Armut, Ungerechtigkeit – sie sind gesellschaftlich gewollt. Oder positiv formuliert: alle Probleme lassen sich lösen, sofern das Kollektiv nur will, notfalls unter Androhung von Zwang, idealerweise demokratisch legitimiert. Daraus leitet sich der starke Moralismus jener ab, die sich den Marxismus mental zu eigen gemacht haben. Wer die Totalmachbarkeit anzweifelt, indem er auf natürliche oder ökonomisch-soziale Gesetzmässigkeiten hinweist, die sich trotz guten Willens nicht manipulieren lassen, kann nur ein Idiot oder ein Reaktionär sein. – Damit wären wir bei der zweiten Grundüberzeugung angelangt, die jüngst verstärkt im medialen Fokus stand. Laut Marx stehen sich in jeder politökonomischen Angelegenheit stets zwei Klassen gegenüber, die fundamental gegensätzliche Interessen vertreten – heute heissen sie «Arbeitgeber» und «Arbeitnehmer», Marx nannte sie einst «Kapitalisten» und «Proletarier». Erstere beuten letztere aus, indem sie den Mehrwert bzw. die Mehrarbeit abschöpfen; letztere sind ohnmächtig und wissen nicht, wie ihnen geschieht.

Beide Grundüberzeugungen versprechen moralische Befriedigung für jene, die sie mit Verve vertreten. Sich für die angeblich Ohnmächtigen einzusetzen, ist selbst dann ehrenhaft, wenn der Einsatz zuletzt zu deren Lasten geht. Beispielhaft hierfür ist die Mindestlohn-Initiative, über die das Schweizer Stimmvolk im kommenden Mai abstimmt.

Das Argumentarium der Initianten strotzt vor impliziten Marxismen (siehe unter www.mindestlohn-initiative.ch): Die Schweiz ist «eines der wohlhabendsten Länder der Welt», doch gibt es weiterhin Leute, die weniger als 4000 Franken pro Monat verdienen. Unanständig! Skandal! Weil das Volkseinkommen letztlich allen gehört, bedarf es deshalb einer «gerechteren» Verteilung des Einkommens – man nimmt es von denen, die es zuerst den anderen abgenommen haben. Denn die «Profitmacher» haben «zu ihrem eigenen Vorteil die Löhne ihrer Angestellten» gedrückt. Undsowweiterundsofort.

Die Initianten spielen sich als Vertreter der Niedriglohnbezüger auf. Doch jene, die von der Mindestlohn-Initiative tatsächlich betroffen sind, dürften aufgrund ihres alltagsprobten, also nichtmarxistischen Common Sense ganz andere Überlegungen anstellen. Zum Beispiel diese: Eine staatlich verordnete Erhöhung der Löhne führt ohne damit einhergehende Produktivitätssteigerung zu höheren Stückkosten. Die Folgen? Entweder wird weniger verkauft, denn wenn es anders wäre, hätte das Unternehmen die Produkte zuvor unter Wert angeboten. Und weniger Verkauf bedeutet weniger Bedarf an Arbeitskräften. Oder der Unternehmer lagert aus. Oder er investiert in Automatisierung, um die staatlich erzwungene Produktivitätssteigerung auf eigenes Risiko doch noch zu erreichen – im besten Fall werden auch in diesen Fällen bestehende Arbeitskräfte erst mal verzichtbar. Im schlechtesten gibt es das Unternehmen danach nicht mehr.

Die Marxisten im Geiste haben für alle diese ungewünschten Nebeneffekte eine Lösung. Sollte es so weit kommen, sind eben weitere politische Massnahmen nötig: Unkündbarkeit bestehender Stellen oder Strafzahlungen an den Staat. – Und wenn dann die Unternehmen die Leute im Niedriglohnbereich nur mehr temporär einstellen? – Dann muss dem Prekariat eben mit Anstellungszwang geholfen werden. Eine Intervention gebiert die nächste. So ist das in der realen Welt, die dem gesellschaftlichen Machbarkeitswahn partout nicht gehorchen will. Die Konsequenz: jene, die per Knopfdruck mehr Gerechtigkeit herstellen wollen, schaffen immer noch mehr Ungerechtigkeit. Sie merken's bloss nicht. Aber hoffentlich alle anderen. ◀